

Eine soziale Energiewende

Günther Bachmann

Abschied mit Chancen: Energiewende

Die Explosionen in Fukushima mit der Folge einer dreifachen Kernschmelze und der großräumigen Kontamination führte (nicht nur) in Deutschland vielen Menschen die Risiken der Kernenergie vor Augen; (nicht nur) in Deutschland sind vielen Menschen diese Risiken lange schon bewusst. Und Viele haben ihr Handeln auf das Ziel ausgerichtet, eine Welt zu schaffen, die auf die Nutzung der Kernenergie verzichten kann. Die Energiewende »muss« also gelingen, aber wie »kann« sie gelingen?

Günther Bachmann

(*1955) ist Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung.

www.nachhaltigkeitsrat.de



Schlüsselbegriffe für die ethische Bewertung der Kernenergie und im Grunde jeglicher Energieversorgung sind Nachhaltigkeit und Verantwortung. Jegliche Entscheidung über die Nutzung der Kernenergie, über deren Beendigung und über ihren Ersatz durch alternative Formen der Energieerzeugung gründet auf dieser Wertentscheidung, die, in der Gesellschaft gefasst, den rein technischen und ökonomischen Aspekten voran geht.

Deutschland führt schon lange eine ethische Diskussion zur Nutzung der Kernenergie. Nicht erst seit der Havarie in Fukushima, sondern schon mit dem Wendepunkt Tschernobyl war die Kernenergie in unserer Gesellschaft hoch umstritten. Die Ethik-Kommission unter Leitung von Klaus Töpfer und Matthias Kleiner hat eine lange Debatte endlich zu einem Abschluss gebracht. Eingesetzt wurde die Kommission wenige Tage nach der Fukushima-Explo-

sion. Die Bundeskanzlerin bat um eine Bewertung der Situation und eine Empfehlung zu den Konsequenzen des von ihr damals verhängten Moratoriums, mit dem sieben Atomkraftwerke in Deutschland für drei Monate vom Netz genommen worden waren. Die Kommission – 17 Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens – hatte gerade einmal acht Wochen Zeit.

Ein Jahrzehnt reicht!

Die Ethik-Kommission kam nach langen Debatten und kontroverserem Austausch zu der festen Überzeugung, dass der Atom-Ausstieg innerhalb eines Jahrzehntes abgeschlossen und ein Ersatz für die noch erforderliche Stromleistung bereitgestellt werden kann. Die Festlegung eines zeitlichen Rahmens unterscheidet das Kommissionsergebnis von dem rot-grünen Atom-Ausstieg von 2000, der den Ausstieg zeitlich flexibel hielt und die Entscheidung über die so genannten Restlaufzeiten den Betreibern überließ. Die Angabe eines festen Termins macht den Kurs klar und schafft Sicherheit für Innovationen und Investitionen. Die Kommission plädiert dafür, dass sich die Gesellschaft dieses Ziel verbindlich vornimmt, was durch den nach-

folgenden Beschluss des Deutschen Bundestages inzwischen geschehen ist.

Zu ihrem Ergebnis kam die Ethik-Kommission nach umfangreicher Erörterung der ethischen und faktischen Grundlagen. Das hat mancherorts Verwunderung ausgelöst. Wie kann eine Ethik-Kommission zugleich auch in den Details von Gigawatt-Zahlen, Leitungsbau und Gebäudesanierung arbeiten? Die Kommission hat sich von dem Gedanken leiten lassen, dass Verantwortungsethik nicht im Ungefähren bleiben darf. Vielmehr gehört zur Erörterung von Risiken auch jene der Chancen, zur Erörterung des Ausstiegs auch jene der Alternativen. Die Gesellschaft – wenn sie das Wagnis eines großen Umbaus der Energieversorgung eingeht – muss sich gut beraten fühlen. Wissen gehört zur Veränderung, wie die Veränderung wiederum zum Entstehen neuen Wissens anregt.

Das »Kennenmüssen« der Fakten ist ethische Verantwortung. Es ist nötig, um einen ethischen Grundkonflikt zu lösen. Dieser besteht in dem Konflikt zwischen kategorialen Urteilen und der relativierenden Güterabwägung. Einerseits ist kategorisch begründbar, dass sich der Mensch mit der Nutzung der Kernenergie über seine Möglichkeiten stellt und Zerstörungen in Kauf nimmt, die niemand verantworten kann, wenn man bedenkt, dass ein Teil der Opfer von Tschernobyl noch nicht einmal geboren sind. Andererseits ist begründbar, dass eine Gesellschaft immer unterschiedliche rechtliche oder moralische Güter gegeneinander abwägen muss.

Die Kreativität und Lernbereitschaft unserer Gesellschaft hat immer wieder bestätigt, dass auch große Veränderungen erfolgreich sein können. Aber es werden in der Energiewende Zielkonflikte auftreten. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn sie nicht auf Kosten der anspruchsvollen Klimaziele Deutschlands durchgesetzt wird. Nicht akzeptabel wäre es auch, wenn Atomstrom durch einen Stromimport aus Kern- oder Kohlekraftwerken unserer europä-

ischen Nachbarn ersetzt würde. Sozial verträgliche und wettbewerbsfähige Energiepreise dürfen durch die Energiewende nicht in Frage gestellt werden. Diese Zielkonflikte sind umso besser lösbar, desto intensiver an neuen Techniken, Verfahren und ihrer Realisierung weitergearbeitet wird. Sie erfordern eine sorgfältige Abwägung. Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Finanzierbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit addieren sich nicht umstandslos zu einem Optimum.

Die Etappen der Energiewende können nicht in allen Einzelheiten schon jetzt festgelegt werden. Die Suche nach dem richtigen Weg ist auf die Mitarbeit aller Inte-

ressierten angewiesen. Gemeinsame Verantwortung auf neue Weise gemeinsam wahrzunehmen und vielen Menschen die Chance zur Mitgestaltung zu geben, ist der Sinn dieses Gemeinschaftswerkes. Es wird eine gemeinsame Anstrengung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sein, die Nutzung bereits vorhandener risikoärmerer Energieträger auszubauen und neue Wege für eine gleichermaßen sichere wie nachhaltige und wirtschaftlich vertretbare Energieversorgung zu gehen. Hierfür schlägt die Ethik-Kommission politische Institutionen vor. Die Öffentlichkeit und das Parlament sollten wichtige Rollen übernehmen. Die Zukunft findet nicht auf dem Reißbrett statt, sondern in der Wirklichkeit: mit unvorhergesehenen und überraschenden Wendungen. Diese gilt es immer aufs Neue in das Handeln einzubeziehen. Wer mit Zielkonflikten erfolgreich umgehen will, der muss sie ehrlich benennen und wie ein Projekt managen. Wer Akzeptanz will, muss Transparenz garantieren. Wer auf die Hilfe Anderer angewiesen ist, der muss Raum für gemeinsames Handeln schaffen.

In dieser Richtung geschieht noch zu wenig, und was geschieht, ist nicht entschieden genug. Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, dass die Energiewende erhebliche Chancen für die deutsche Wirtschaft mit sich bringt und zu einem Zugewinn an Arbeitsplätzen führen kann. Aber das wird nicht von alleine geschehen. Der Markt braucht die Politik. Die Energiewende braucht die aufmerksame Begleitung durch die Gesellschaft. Zukunftsfähige Energieversorgung braucht die Bürgergesellschaft.

Neues denken, Neues wagen

Die Kommission hat dazu ermutigt, politisch über den Tag hinaus zu denken. Die Energiewende bedeutet auch, dass festgefahrene Positionen und Denkstrukturen hinterfragt werden. Ein einfaches Weiter so

in der Energie- und Umweltpolitik wird nicht ausreichen. Die Energiewende fordert in jeder Stufe neues Denken, neue Schritte und innovative Lösungen: Die Gebäudesanierung muss deutlich verstärkt weitergeführt werden; sie muss darüber hinaus zur energetischen Stadtsanierung fortentwickelt werden. Die privaten Heizungsanlagen brauchen einen wirtschaftlichen Impuls zur Grunderneuerung, damit die effizientesten Lösungen auch wirklich genutzt werden. Die Speicherung von elektrischem Strom und der Leitungsbau müssen zügig in Angriff genommen werden, indem die Bürgerinnen und Bürger intensiv und frühzeitig beteiligt werden. Die Lastenteilung beim Ausbau der Leitungen muss, so die Kommission, fair sein, zum Beispiel sollte die Gewerbesteuer in Zukunft dort anfallen, wo Trassen gebaut werden.

Die intelligente, lastabhängige und konsumentengesteuerte Stromnutzung muss durch große Modellvorhaben an den Markt gebracht werden. Die Energie-Infrastruktur, intelligente Stromnetze und Energiespeicher müssen die Herzstücke einer High-Tech-Wirtschaft werden. Die Kraft-Wärme-Kopplung soll einen stärkeren Beitrag zur Stromversorgung leisten. Die erneuerbaren Energien müssen Vorteile der Großproduktion und weitere wissenschaftliche und technische Fortschritte nutzen und dadurch die Kosten für den erzeugten Strom schneller verbilligen. Das neue Instrument der so genannten Kapazitätsmärkte soll eingeführt werden, um Investitionen ins Netz zu ermutigen. Umweltverträgliche, insbesondere mit Gas betriebene Kraftwerke sollen zusätzlich an das Netz gehen und umweltbelastende Anlagen ersetzen. Dadurch kann auch die verstärkte Dezentralisierung der Stromversorgung nicht zuletzt durch leistungsstarke Stadtwerke verbessert werden.

Der Finanzierungsbedarf für die Energiewende ist beträchtlich. Er ist aber auch ein Wachstumstreiber, weil die notwendigen Investitionen in die Energieversor-

gung und ihre Infrastruktur vielfältige Erträge auslösen.

Wachstumsmotor Energiewende

Das Ausland sieht die deutsche Energiewende mit Skepsis und Unglaube, aber auch mit der vorsichtigen Einsicht, es könne Deutschland auch gegen das Erwarten gelingen, den Atom-Ausstieg ohne Deindustrialisierung zu schaffen. In diesem Fall wäre er ein großer Wachstumsmotor einer nachhaltigen Wirtschaft. Für viele junge Menschen in Deutschland stiftete er Identifikation und Arbeitsplätze. Im »Stifterland Deutschland« gäbe er eine neue Orientierung für überraschende Koalitionen und Projekte. Kurzum: Für Deutschlands

politische und wirtschaftliche Stellung in der Welt ist es von entscheidender Bedeutung, dass das Ziel des Ausstiegs verlässlich erreicht werden kann.

Eine weitere umfassende Verbesserung der Energieeffizienz, weitere technische Fortschritte in der Nutzung erneuerbarer Energien, die Nutzung fossiler Energien ohne Auswirkungen auf den Klimawandel – alles dies sind wirtschaftliche Chancen für die Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und die innere Stabilität der Gesellschaft. Diese Technologien werden die Energieversorgung von bald neun Milliarden Menschen weltweit prägen müssen, wenn Konflikte über den Zugang zu den traditionellen Energien und ein Kollaps des Klimasystems und der Ökosysteme vermieden werden sollen. ■

Matthias Machnig

Nachhaltigkeit dreifach denken

Zur Energiepolitik der SPD

Japans Super-GAU ist das Ereignis des Jahres 2011 – aus ökologischer, aber auch in mancherlei Weise aus politischer Perspektive. In Deutschland erfuhren die Grünen vorübergehend einen enormen Auftrieb, da sie traditionell mit atomkraftkritischen Positionen assoziiert werden. Allein die Bundesregierung hat die Gezeitenwende verschlafen. So gelten trotz der mittlerweile vollzogenen Kehrtwende hin zu einem vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie nach wie vor die Energieziele vom Juni 2010, dies obwohl selbst die im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellte Leitstudie erheblich ehrgeizigere Ziele formuliert.

Die Energiewende ist fester Bestandteil des sozialdemokratischen Programms, und zwar nicht erst seit März 2011. Eine ökologistische Nische kann und sollte sie aber nicht besetzen, stünde dies doch im Widerspruch zu ihren normativen Eckpfeilern. Denn aus sozialdemokratischer Sicht ist Nachhaltigkeit stets dreifach zu denken und zu kommunizieren: ökologisch, ökonomisch *und* sozial. Diese Akzente passen zudem ideal zu den Maßstä-



Matthias Machnig

(*1960) ist seit 2009 Wirtschaftsminister in Thüringen. Zuvor war er u.a. Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie Bundesgeschäftsführer der SPD.

matthias.machnig@tmwat.thueringen.de

ben, an denen sich eine erfolgreiche Energiepolitik zu messen hat: Energieproduk-